

Was tun als Die Linke für Frieden im Iran

Artur Pech

25.03.2026

Vorab: Ich rede hier als Wissenschaftler, der sich sein Leben lang mit Fragen von Krieg und Frieden befasst hat und heute in der KPF organisiert ist. Für das, was ich sage, könnt ihr also allenfalls mich und nicht die Plattform verhaften.

Obwohl ich nur 8 Minuten habe, beginne ich mit etwas Grundsätzlichem.

Wer im realen Kapitalismus von sozialistischer Demokratie träumt, hat den Kapitalismus nicht verstanden oder führt Menschen bewusst in die Irre.

Die Basis des Kapitalismus ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Wer Eigentümer ist, darf grundsätzlich frei entscheiden, was mit der Sache passiert. Demokratie würde bedeuten, ihm diese Macht zu nehmen. Selbst bürgerliche Wissenschaftler kommen heutzutage zu dem Ergebnis, „die Erfindung des Privateigentums scheint Pate bei der Geburt des Krieges gestanden zu haben.“¹

Während des Kalten Krieges stellte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr die Frage nach der „Beendigung eines Konflikts unter akzeptablen Bedingungen, damit nicht zerstört wird, was verteidigt werden soll«. ²

Diese „Denke“ war eine Voraussetzung für die Verträge erst zur Beschränkung und dann zur Reduzierung der Rüstungen. Daran hatte auch der Druck der Friedensbewegung Anteil. Heute arbeitet eine auf Hochtouren laufende Kriegspropaganda daran, dass vergessen zu machen.

Objektiv besteht die Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch Krieg nach wie vor, aber statt die Risiken zu mindern, wird ausgereizt, welche Kriege noch machbar sind. Es geht eben nicht bloß – wie manche meinen – um Rüstungsprofite, es geht um Krieg, wenn es zum Beispiel in der FAS

¹ Harald Meller, Kai Michel, Carel van Achaik, Die Evolution der Gewalt, München 2025, S. 187.

² J.Brandt, Die Bundeswehr im Bündnis. In: Europäische Wehrkunde. München. H. 12/1979. S. 599

hieß, „am Aussichtspunkt in den atomaren Abgrund, ist Putins Krieg allerdings noch lange nicht“.³

Nun könntet ihr fragen, wovon redet der da? Unser Thema ist der Irankrieg.

Ja. Jüngst war zu hören: „Deutschland hat die Aufforderung von US-Präsident Donald Trump abgelehnt, sich militärisch an der Öffnung der Straße von Hormus zu beteiligen. „Wir werden es nicht tun“, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ... Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sagte: „Es ist nicht unser Krieg“.⁴

Es folgten Relativierungen und in der Frankfurter Allgemeinen hieß es am Sonntag:

„Die größte Gefahr für die Freiheit und die Sicherheit Europas heißt Putin. Er darf in der Ukraine nicht als Sieger vom Schlachtfeld gehen. Die Europäer müssen daher alles in ihrer Macht Stehende tun, um Trump möglichst nahe bei der Fahnenstange der Europäer zu halten. Wenn der Preis dafür die Entsendung von Minensuchern in den Persischen Golf ist, dann sollte auch Berlin nicht lange damit zögern, ihn zu zahlen.“⁵

Nun wurde die Frage gestellt, ob der US-israelische Angriff auf den Iran Ausdruck der Stärke des US-Imperialismus und Israels oder ein aussichtsloser Versuch sei, den Abstieg der US-Hegemonie und den Aufstieg des globalen Südens aufzuhalten.

Tatsächlich ist es ein Verteidigungskrieg – aber in einem ganz anderen Sinne, als das allgemein verstanden wird: Es ist ein Krieg zur Verteidigung der US-amerikanischen Vorherrschaft – nicht nur im Nahen Osten, es ist einer der Kriege zur Neuordnung der Welt, in dem die USA ihre militärische Macht einsetzen, auch weil sie auf anderen Feldern ins Hintertreffen geraten sind. Das ist für die USA – auf die allein deutlich über ein Drittel aller weltweiten Ausgaben für das Militär und die Rüstung entfallen – Mittel der Wahl. Die Waffen sollen die Sache richten, bevor sie verrostet.

Zur Frage von Sanktionen zitiere ich aus einer Studie der RLS New York: „Nur mächtige Staaten und Organisationen sind und werden dazu in der

³ Willst du Frieden, sprich vom Krieg, FAS, 12.03.2023 S. 2)

⁴ FAZ, 17. 03.2024 S. 1

⁵ FAS, 22.,03.2026 S. 8.

Lage sein, (vermeintlich) im Gemeinschaftsinteresse Sanktionen zu verhängen (...). Dadurch besteht die Gefahr, dass schwächere Staaten handlungsunfähig bleiben, während einzelne Akteure auf Basis ihrer eigenen Legalitätsvorstellungen Interessen durchsetzen. Dies gilt umso mehr, als viele Staaten (insbesondere des globalen Südens), sogar die Rechtswidrigkeit aller unilateralen Sanktionen propagieren.⁶

Wer Sanktionen befürwortet hat sich also für den sogenannten „globalen Norden“, für den Werte-Westen entschieden. Mir steht da jedenfalls seit Jahrzehnten sehr schmerzhaft vor Augen, was Kuba aushalten muss. Und wer aus vermeintlich guten Gründen den Wirtschaftskrieg als Alternative zum Schießkrieg sieht, sollte die Frage beantworten – und da bin ich sehr polemisch – was humaner ist: Einen Menschen zu erschlagen oder verhungern zu lassen. „Zielgerichtete Sanktionen“ ohne „Kollateralschäden“ sind bestenfalls Selbstbetrug.

Auch die Erzählung von der „strategischen Autonomie“ der EU als Friedensprojekt ist so falsch, wie die von sozialistischer Demokratie im realen Kapitalismus. So lauter die Bemühungen vieler Menschen sein mögen, die EU in diese Richtung zu drängen, im realen Leben ist sie ein Verein zur Wahrung und Durchsetzung weltweiter Interessen (west)europäischer Konzerne. Dafür steht nicht nur die Politik der Frau von der Leyen, dafür steht das grundlegende Konstrukt. Seine Urheber bedauern gegenwärtig allenfalls, dass ihnen die Puste fehlt, ihre Kriege ohne die USA zu führen. Deshalb streben sie nach „strategischer Autonomie“. Da dürfen Linke nicht mitspielen.

Das heutige Völkerrecht ist mit der UNO-Charta im Kern das Ergebnis der Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg. Das gilt es angesichts des Völkerrechts- Nihilismus der Trump, Merz und Co. zu verteidigen.

Und ganz direkt zu unserem Thema: Die UNO-Vollversammlung beschloss am 14. Dezember 1974 eine Definition der Aggression. Danach gilt „die Erlaubnis eines Staates, sein Territorium, das er einem anderen Staat zur

⁶ Unilaterale Sanktionen im internationalen Recht, Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Juni 2023

Verfügung gestellt hat, durch diesen für Aggressionshandlungen gegen einen dritten Staat verwenden zu lassen“ als Aggression.⁷

Mit der Erlaubnis der Nutzung von Ramstein für Angriffe auf den Iran wurde die Bundesrepublik Deutschland – wenn die Definition der Aggression durch die UNO-Vollversammlung – zugrunde gelegt wird - zum Aggressor. Und wie es aussieht, wird diese Politik von den Regierungsparteien CDU und SPD explizit oder implizit, ohne Widerrede, getragen.

Dagegen gilt es zu kämpfen, dass muss unser Beitrag zur Verteidigung des Völkerrechts sein.

Wir müssen zu allererst dafür kämpfen, die deutsche Bundesregierung zur Einhaltung des Völkerrechts zwingen und weder im Fall der Ukraine noch im Fall des Iran nach Gemeinsamkeiten mit ihrer Politik suchen. Dafür nicht nur, aber auch in den Ostermärschen auf die Straße!

Kriege liegen „im Wesen des Kapitalismus. Sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.“⁸

⁷ <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/die-definition-des-begriffs-aggression>

⁸ Internationaler Sozialistenkongress Stuttgart 1907, Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1907 S. 86.